

Interview mit Tom Adler und Hannes Rockenbauch

## Stuttgart braucht eine Politikwende



Foto: Marlyse Kernwein

**Nicht unbedingt die brennendsten Probleme werden täglich in Stuttgarts Zeitungen diskutiert. Die coolste Bar, das hipste Restaurant und Promi-Glamour-Quark nehmen immer mehr Raum ein. Die Liste der wichtigen, aber vernachlässigten Probleme ist lang: Wohnungsnot, Verkehrsinfarkt, verseuchte Luft die krank macht, fehlende KITA-Plätze, die Stadtzerstörung durch Stuttgart 21. Man hat das Gefühl, alles tritt auf der Stelle. Auch der Gemeinderat und der Oberbürgermeister sind weit weg von den Bürger\_Innen. Wie geht die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS damit um?**

**Tom Adler:** Unsere Fraktion hat zu all diesen wichtigen Fragen in den Haushaltsberatungen Lösungen vorgeschlagen, die niedergestimmt wurden, oft in einer Allianz aller anderen Parteien. Unsere Vorschläge basieren auf den Ideen der vielen aktiven Bürgerinitiativen. Eigentlich ist das toll. Zu allen Fragen haben wir Fachleute bei den Bürger\_innen. Zur Energie das Klima- und Umweltbündnis (KUS), Mieterinitiativen, die Initiative „Reiche Stadt – arme Kinder“, zum Verkehr die Bürgerinitiative Neckartor, Arbeitsgruppen und Bündnisse gegen Stuttgart 21, zur Digi-

talisierung die Mobilfunkinitiative, zur Qualität städtischer Leistungen Personalräte und ver.di – die Liste ließe sich fortsetzen. Aber von deren wertvollen Vorschlägen will die Stadtspitze in den allermeisten Fällen nichts hören. Sperrangelweit stehen dagegen ihre Türen für Investoren und Konzernvertreter offen. Vom ehemaligen Oberbürgermeister Wolfgang Schuster gab es da einen nahtlosen Übergang zum Nachfolger Fritz Kuhn. Und überall sehen wir deshalb Enttäuschung über diese visionslose Politik.

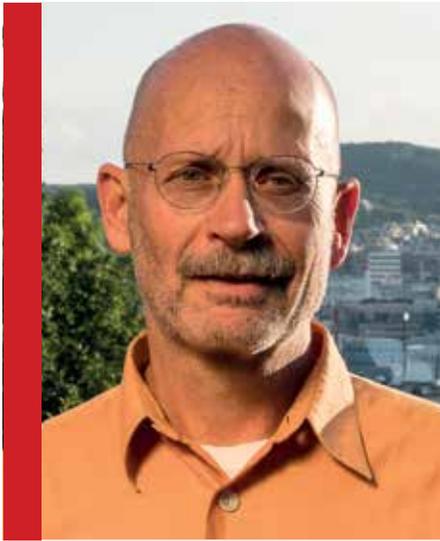
**Ein Riesenproblem ist in Stuttgart der Wohnungsmangel und die Mietpreisexpllosion. Wie kann man das angehen?**

**Tom Adler:** Wir haben ein Bündnis für „Recht auf Wohnen“ initiiert. Unsere Fraktionsgemeinschaft kann Bürgerinitiativen, die sich mit diesen Themen befassen, zusammenbringen. Damit kann der Druck erhöht werden. Die Wohnungsnot ist hausgemacht, da man jahrzehntelang nichts gegen den Schwund von Sozialwohnungen gemacht hat. Wohnungsnot bedeutet Wuchermieten und Armut für viele Menschen, weil ein Großteil ihres Geldes für die Miete draufgeht. Hinzu-

kommen enge Wohnverhältnisse. Manche Kinder haben keinen ruhigen Platz, um ihre Hausaufgaben zu machen, sie können sich nicht entwickeln und entfalten. Die Stadt verschärft mit ihrer Abriss- und Neubaupolitik den Wohnungsmangel und verscherbelt Grundstücke systematisch an Investoren. Seit 15 Jahren fordern wir, dass die Stadt keine Grundstücke mehr an Investoren verkauft und selbst wieder in den sozialen Wohnungsbau einsteigt. Eine Trendwende sehen wir nicht, auch wenn SPD und Grüne jetzt einem vagen Zielbeschluss zugestimmt haben, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft ihren Wohnungsbestand perspektivisch verdoppeln soll. Aber wir können jetzt mit diesem Zielbeschluss Druck machen.

**Ein kleiner Fortschritt hartnäckiger Arbeit. Und wie sieht es beim Verkehrs- und Feinstaubchaos aus?**

**Hannes Rockenbauch:** In Stuttgart herrscht immer noch die Ehrfurcht vor dem heiligen Blechle. Parkplätze abbauen und Fahrver-



**Thomas Adler**  
Stadtrat  
DIE LINKE

bote erlassen sind fast Gotteslästerung. Die Situation ist in mehrfacher Hinsicht ernst: Daimler und Porsche haben die Umstellung zu neuen, umweltverträglichen Technologien verschlafen, weil offensichtlich nur der kurzfristige Profit zählt. Damit gefährden sie tausende Arbeitsplätze. Statt die Automobilindustrie durch Maßnahmen wie Fahrverbote zu zwingen, endlich die Produktion ihrer Giftschleudern einzustellen, geht die Politik, einschließlich der GRÜNEN, seit Jahren vor ihnen auf die Knie. Seit Jahrzehnten ist klar, was getan werden muss. Den ÖPNV ausbauen, vernetzte Mobilitätssysteme aufbauen, den Autoverkehr durch Sanktionen und attraktive Alternativen drastisch einschränken. CDU, SPD und GRÜNE sind an einem moralischen Tiefpunkt angelangt: Selbst rechtskräftige Entscheidungen von obersten Gerichten versuchen sie zu unterlaufen. Die CDU ruft offen dazu auf, Rechtsbruch zu begehen und die Urteile zum Fahrverbot zu ignorieren – ein beispielloser Skandal wie ich finde.

#### **Was wäre aus eurer Sicht jetzt zu tun?**

**Hannes Rockenbauch:** Wir haben im Haushalt beispielsweise beantragt, dass 15 neue Straßenbahnzüge angeschafft werden. Wir haben mehrere Varianten eines 365-Euro-Jahresticketes vorgeschlagen, die einen ersten Schritt in Richtung des ticketlosen Nahverkehr ermöglicht hätte. Beides wurde abgelehnt. Es geht um die Gesundheit. Feinstaub und Stickoxide machen krank. Eine Folge der auf Profit orientierten Autokonzerne. Auf Appelle hören die nicht. Deshalb ziehen wir die Konsequenz: Wir gehen auf die Straße und demonstrieren für eine echte Verkehrswende: Das Frühlingsfest auf der gesperrten B14 im März war erst der Anfang.

**Es geht um noch mehr: Stuttgart wird durch seine Kessellage durch die Klimaerwärmung besonders betroffen sein.**



Foto: Roland Hägele

zu S21: 400ste Montagsdemo: Von wegen die Luft ist raus! Bei der 400sten Montagsdemo wurde lautstark im Bahnhof gegen das Milliardengrab demonstriert. Vorne dabei: der Regisseur Volker Lösch.

#### **Welche Stadt hinterlassen wir nachfolgenden Generationen?**

**Tom Adler:** Die Stadtklimatolog\_innen weisen seit Jahren nachdrücklich darauf hin, dass gerade Stuttgart extrem betroffen sein wird und fordern eine radikale Vorbeuge- und Anpassungsstrategie. Im Haushalt haben wir auch dazu einen ganzen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen. Aber außer papiernen Absichtserklärungen wird da von der Stadtspitze nicht viel geliefert, im Gegenteil: Stuttgart 21 vernichtet wichtige Frischluftschneisen, das Rosensteinviertel dürfte unter klimatologischen Gesichtspunkten überhaupt nicht gebaut werden. Deswegen unterstützen wir „Umstieg 21“ als Alternative zum zukunftsblinden Weiterbauen. Das bedeutet, dass man einen großen Teil des bereits Gebauten umnutzen kann. Und man kann es nicht oft genug sagen: Auch wenn der Kopfbahnhof erhalten wird, können im sogenannten C-Areal am Nordbahnhof eine Menge Wohnungen entstehen und zwar nicht irgendwann 2030, sondern zeitnah mit dem Ausstieg aus dem Tunnelbahnhofprojekt.

#### **Das war doch auch mal eine Position der Grünen ...**

**Tom Adler:** Das erleben wir nicht nur beim Thema Stuttgart 21. Der Oberbürgermeister ist nun fünf Jahre im Amt, und immer noch gibt es kein verbindliches Klima- und Energiekonzept. Fachleute und Bürgerinitiativen, die ihm dazu Vorschläge unterbreitet haben, finden kein Gehör. Und im Geheimen laufen Verhandlungen mit der EnBW. Die Stadtwerke, mit denen man eine Klimawende durchsetzen könnte, werden personell und politisch ausgebremst. Wir fordern alle Klimainitiativen auf, den Schalter auf Protest umzulegen.

**Hannes, Du bist seit dem Jahr 2004 im Gemeinderat und damit schon ein alter Hase. Nun hast Du erlebt, wie vieles eigentlich immer schlechter wird, die Mieten explodieren, Staus und schlechte Luft nehmen zu, im Schulbereich herrscht teilweise Chaos mit Unterrichtsausfällen, wegen ausbleibender Sanierungen. Will man da weitermachen?**

**Hannes Rockenbauch:** Auch wenn ich mich über diese Entwicklung alles andere als freue, so zeigt sie wenigstens, wie nötig ein grundsätzlicher Politikwechsel ist. Und wie wichtig die Arbeit unserer Fraktionsgemeinschaft ist. Ohne uns würden alle Probleme schöngeredet und unter den Teppich gekehrt werden. Das Versagen von CDU, SPD, FDP und Grünen ist offensichtlich. Ihre alten Rezepte sind grandios gescheitert. Erst haben sie zusammen den Verkauf der Stadtwerke beschlossen und jetzt müssen sie hunderte Millionen Euro ausgeben, um diese Privatisierung halbherzig rückgängig zu machen. Für einen klaren Schnitt mit dem Atomkonzern EnBW hatten sie nicht den Mut. Ich wurde damals ausgelacht, als ich schon vor 15 Jahren einen Antrag gegen Feinstaub, für Tempo 30, für eine City-Maut und kostenlosen Nahverkehr eingereicht habe. Und



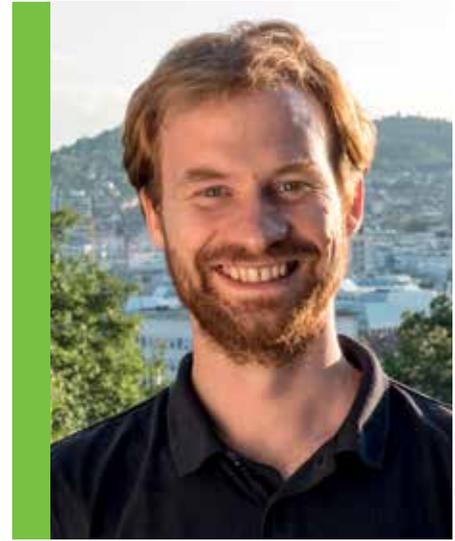
Foto: Redaktion

GSG Sillenbuch: Das Geschwister-Scholl-Gymnasium wartet seit fast zehn Jahren auf einen Neubau – wegen fehlenden Personals im Hochbauamt kommen dringend nötige Schulsanierungen nicht in die Gänge.



Foto: Roland Hägele

Radweg – wie es nicht geht: So jedenfalls nicht: die Verkehrswende klappt nur, wenn nutzbare und zusammenhängende Radwege gebaut werden. Das Beispiel aus der Ludwigstraße im Stuttgarter Westen taugt hier bestenfalls als Mahnmal.



Hannes Rockenbauch

Stadtrat  
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

ebenso ging es mit meinen Vorschlägen nach einer Bodenvorratspolitik für Bauplätze, um unter städtischer Regie leistbaren Wohnraum zu schaffen. Jetzt verspricht man ein Umdenken, wo der Karren im Dreck steckt, insbesondere beim Wohnungsbau und der Mietpreisexplosion. Aber in der Praxis machen OB Kuhn und die Fraktionen weiter wie bisher. Man muss sich doch nur die letzten Haushaltsberatungen anschauen, die ohne Visionen sind.

**Muss man angesichts der Politik der Stadtspitze nicht frustriert sein; insbesondere, wenn man erlebt, wie zynisch mit denjenigen umgegangen wird, die nicht ihrer Meinung sind?**

**Tom Adler:** Naja, ich hatte nie die Erwartung, dass ein grüner OB für uns die Welt rettet. Aber selbst von seinen Wahlkampfversprechen ist ja weniger als nichts übrig geblieben. Es bestätigt sich: Wir müssen es schon selber machen, Bündnisse schließen, die den Druck erhöhen. Weil ich damit gerechnet habe, bin ich nicht so enttäuscht. Höchstens erstaunt, mit welchem atemberaubenden Tempo die Grünen sich angepasst haben – wofür die SPD 100 Jahre gebraucht hat, das haben die in zehn geschafft.

Was ich aber sehe ist, dass diese Visions- und Tatenlosigkeit viele Menschen so frustriert, dass Sie für rechte und menschenfeindliche Antworten empfänglich werden. Eine beunruhigende Zahl hat aus Protest die AfD gewählt. Zum Glück zeigen ihre Vertreter im Gemeinderat, was für eine katastrophale und rassistische Truppe sie sind. Wir müssen überall, gerade im Alltag, klare Kante gegen diese Menschenfeindlichkeit zeigen und durch die eigene Arbeit an den Brennpunkten und den Kontakt vor Ort deutlich machen, dass die AfD kein Sprachrohr der vernachlässigten „kleinen Leute“ ist, sondern eine neo-liberale Partei.

Bei allem Verständnis für enttäuschte Hoffnungen in die Grünen: die vielen Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen in Stuttgart müssen gerade deshalb enger zusammenarbeiten. Wir möchten mit unserer Arbeit im Gemeinderat dazu beitragen, dass das im Stadtrat zum Ausdruck kommt und endlich eine Wende in der Stadtpolitik eingeleitet wird.

**Was kann Kommunalpolitik in einem so globalen Thema wie Klimawandel beeinflussen?**

**Hannes Rockenbauch:** Nun, in den Kommunen entscheidet sich viel und hier werden die alternativen oder eben die fossilen Energiequellen aufgestellt und eingesetzt. Der kalifornische Gouverneur Jerry Brown hat eindrücklich gezeigt, dass man regional viel bewegen kann, obwohl ein Herr Trump das Pariser Abkommen gekündigt hat. In der Kommune bilden sich die Menschen, an Hand ihrer konkreten Lebensumstände, ihre Meinung. Hier entstehen die Protestbewegungen und hier entscheiden sich die Bürger\_innen, ob sie das Auto oder den ÖPNV nutzen. Wir leben in einer Stadt, in der Konzerne mit kriminellen Machenschaften ihre

Produkte manipulieren und weltweit die Luft verschmutzen. Das macht Menschen krank. Mit überhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstößen und manipulierten Abgasreinigungssystemen beschleunigen sie den Klimawandel. Ressourcen und Energie werden in einem Maße verschwendet, dass die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht. Die Automobilarbeiter und Ingenieure sind helle Köpfe, sie könnten auch Produkte für eine umweltschonende Mobilität erfinden und bauen. Bis vor fünf Jahren konnte man sich noch mit den GRÜNEN darüber unterhalten, wie man eine alternative Politik und Produktion entwickeln könnte. Heute hat Daimler in Ministerpräsident Winfried Kretschmann einen Fürsprecher, Kuhn bekommt vor lauter Rücksichtnahme auf die Energiekonzerne kein Zukunftskonzept hin, und im Immobilienbereich und der Stadtplanung machen sie weiter, als gäbe es den Klimawandel nicht. Die Maßnahmen, die beschlossen werden, sind Tappschrittl für die Galerie, ohne Gesamtkonzept. SÖS-LINKE-PLUS hat zu den Haushaltsberatungen ein Gesamtkonzept vorgelegt, das von den Tunnelparteien nicht ernst genommen wird. Es herrscht eben die Arroganz der Macht mit einer Haltung des angestregten Wegschauens.



Foto: Redaktion

Zum Auftakt des Frühlingsfests erinnert Robin Wood daran, dass der Widerstand Stuttgart 21 noch lange nicht gebrochen ist.

**Bei Stuttgart 21 interessiert es Grüne, CDU und SPD gar nicht mehr, was die Bahn sagt bzw. was sie alles nicht sagt. Es scheint die Devise zu lauten: Augen zu und durch. Was sagt Ihr dazu?**

**Tom Adler:** Ja, es ist schon unglaublich, wie lapidar von allen sinngemäß gesagt wird: *Wir stehen hinter dem Projekt, egal was es kostet.* Jeder, der die Enthüllungen des ehemaligen Amtsleiters im Verkehrsministerium, Hartmut Bäumer, zu Stuttgart 21 gelesen hat weiß, (siehe Kasten), dass jetzt klar ist, was viele schon lange vermutet hatten. Die Spitze der GRÜNEN, allen voran Kretschmann, wussten schon immer von den Kostenexplosionen, verordneten dennoch Stillschweigen darüber und ließen zu, dass die Bahn AG gefälschte Gutachten veröffentlichte. Damit verhinderten sie einen Aus- und Umstieg, weil Ihnen ihr eigener Machterhalt wichtiger war. Diese Enthüllung hat mich bestärkt: Wir müssen weiterhin die Rolle des Stachels im Fleisch der Bahn und der Projektpartner übernehmen. Es ist eine unserer wichtigen Aufgaben, gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 die Machenschaften der Bahn und die Untätigkeit der Projektpartner in der Öffentlichkeit anzuprangern, denn es ist eine unglaubliche Verschwendung von Steuergeldern.

**Was hat sich im Gemeinderat bei S21 in letzter Zeit getan?**

**Hannes Rockenbauch:** Diese Haltung (Augen zu und durch) haben wir in den letzten Sitzungen des Ausschusses Stuttgart 21 im Gemeinderat erlebt. Dort sagte CDU-Fraktionschef Alexander Kotz auf die Kritik, dass der neue Bahnhof mit einem Leistungsrückbau verbunden wäre: „Selbst, wenn das stimmen würde, was Sie vortragen, würden wir auf Grund des Baufortschritts das Projekt



Foto: Redaktion

*Frühlingsfest auf der B14: Trotz eisigen Temperaturen kamen rund 300 Menschen zum Frühlingsfest, um gegen die autogerechte Stadt zu demonstrieren.*

zu Ende bringen.“ Das ist eine Geisteshaltung nach dem Motto: Der Zug ist auf dem Gleis, jetzt gibt es kein Zurück mehr, auch wenn wir auf den Abgrund zurasen.

Passend dazu war die Diskussion um die Vorstellung des Konzepts Umstieg 21 im kommenden S21-Ausschuss am 12. Juni. Der Oberbürgermeister wollte darüber abstimmen lassen, ob es vorgestellt wird. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Vertreter von FDP und Freien Wählern die Sitzung schon verlassen. SPD und CDU waren dagegen, die Grünen und wir dafür, es stand also 3:3. Mit der Stimme des Oberbürgermeisters hätten wir die Abstimmung gewonnen. Der OB hat aber nicht abgestimmt und hat so verhindert, dass das Konzept Umstieg 21 im nächsten S21-Ausschuss vorgestellt wird. Der Oberbürgermeister hat also nicht mal mehr ein Interesse daran, dass ein Alternativkonzept vorgestellt wird – was für ein Sinneswandel, wenn man sich in Erinnerung ruft, was er bei seiner Antrittsrede im Januar 2013 über Stuttgart 21 noch gesagt hatte: „Der Karren ist mit den Zahlen in dieser Dimension an die Wand

gefahren.“ Oder die Aussage des Oberbürgermeisters: „Ich möchte auch über Alternativen diskutieren“

**Wie geht es weiter?**

**Tom Adler:** Wir sehen unsere Aufgabe, in Bündnissen mit Menschen, die ähnliche Inhalte teilen, Politik voranzutreiben, gerade auch im Gemeinderat. Wir zeigen mit unserer Fraktionsgemeinschaft, dass Zusammenarbeit vieler Initiativen in Stuttgart was bewegen kann. Wenn der Druck groß genug ist, wie z. B. bei *Laufd Nal*, schließen sich auch Stadträt\_innen anderer Fraktionen an. Man sieht doch: Wenn es nicht um Machterhalt, sondern um sachorientierte Lösungen geht, dann können wir viel bewegen. Stuttgart ist eine politisierte Stadt. Stuttgart 21 hat eine vernetzte politische Opposition auf vielen Feldern hervorgebracht, die einen langen Atem und unglaublichen Durchhaltewillen beweist. Und das macht Mut.

### Stuttgart 21 als Lehrbeispiel für die Folgen fehlender Transparenz

Der ehemalige Amtschef im Stuttgarter Verkehrsministerium, Hartmut Bäumer, spricht von einer „Taktik des Verschweigens und Herunterredens von Fakten und Risiken“ mit Blick auf das Projekt Stuttgart 21.

Fachleute, hatten vor der Volksabstimmung darauf hingewiesen, dass Kosten von 4,5 Milliarden für das Projekt zu gering seien, sondern über sechs Milliarden liegen würden. Der damalige S21-Projektleiter Hany Azer wurde vom damaligen Bahn-Vorstand Volker Kefer „zum Schweigen verdonnert und verlor letztlich seinen Posten“, wie sich Bäumer erinnert.

Vor dem Volksentscheid sei die absehbare Kostenexplosion als „Hirngespinnst“ notorischer Gegner abgetan worden; entgegen allen Erfahrungen habe man als Termin für die Fertigstellung 2019 genannt.

„Der Höhepunkt dieser Taktik stellte ein von der Bahn in Auftrag gegebenes Gutachten von PricewaterhouseCooper dar. Es bezifferte die Kosten im Falle des Projektabbruchs mit zusätzlichen 1,6 Milliarden Euro, weshalb der Weiterbau auch ökonomisch die sinnvollste

Lösung sei. Genau dieses Gutachten – dessen Validität von anderen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften aufgrund eigener Untersuchungen erheblich bezweifelt wurde – bewirkte, dass der Bahn-Aufsichtsrat 2013 letztlich einer erneuten Kostensteigerung bis zu 6,8 Milliarden Euro zustimmte“, so Bäumer in einem Kommentar für Transparency International.

In der Koalition mit der SPD habe das grüne Verkehrsministerium „eigene Erkenntnisse über die voraussichtlichen Kostenentwicklungen und die Bauzeiten nicht offensiv in die Debatte einbringen“ dürfen, so Bäumer weiter. Die Auswirkungen auf die Volksabstimmung ließen sich im Nachhinein nicht bemessen, aber „als Bürger nicht ehrlich informiert worden zu sein, hinterlässt mehr als einen faden Beigeschmack“, so das Fazit des ehemaligen Amtsleiters.

Die Folgen skizziert Bäumer so: „Faktisch läuft das Verhalten der Verantwortlichen in Politik und bei der Bahn auf eine Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger hinaus. Genau dies wiederum führt zu den bekannten Phänomenen wie Politikverdrossenheit und Wütbürgertum mit dem Risiko des Abdriftens in extreme Haltungen.“

Besuch am Arbeitsplatz:

# Sechs Fragen an: Christian Walter, Stadtrat (SÖS-LINKE-Plus) für Junges Stuttgart, zuständig für Bildung, Sport, Schule und Jugend



Foto: Redaktion

## **An was arbeitest du aktuell am intensivsten?**

Die Themen im Jugend- und Schulbereich sind Dauerbrenner. Beispielsweise müssen die Ergebnisse des aktuellen Bildungsberichts – in manchen Stadtbezirken sind über die Hälfte der eingeschulten Kinder sprach- auffällig – jetzt so in die Ausschüsse gebracht werden, dass es zu Lösungen kommt. Da klemme ich mich dahinter. Außerdem liegt mir der Diskussionsprozess zur Opernsanierung sehr am Herzen.

## **Stadträte arbeiten ehrenamtlich und bekommen nur eine Aufwandsentschädigung. Du bist im Referendariat als Gymnasiallehrer in den Fächern Sport und Deutsch. Wie schaffst du das?**

Als Referendar kann man glücklicherweise seine Zeit zu einem gewissen Teil selbstbestimmt einteilen – die Unterrichtsvorbereitung fällt dann eben oft aufs Wochenende. Dort liegt aber auch die Sitzungsvorbereitung. Wenn einmal beide Tätigkeiten ter-

minlich kollidieren, kann ich mich glücklich schätzen, dass meine Fraktionskollegen mich in den Ausschüssen bei Bedarf vertreten.

## **Die wenige freie Zeit, die du hast – wie verbringst du die?**

Überwiegend mit Sport. Als aktiver Handballer im Verein habe ich mit Training und Spielbetrieb einen guten Ausgleich gefunden! Ansonsten beschäftige ich mich natürlich auch in meiner freien Zeit mit Politik – und mit Ernährung. Ich stehe dem Veganismus sehr nahe.

## **Was treibt dich an, ein so großes politisches Engagement an den Tag zu legen?**

Ein schon immer großes Interesse an Politik und das Wissen darum, in der Kommunalpolitik tatsächlich Dinge bewegen zu können! Ich habe immer die Fragen im Kopf: Wieso sollte man die Politik einfach den anderen überlassen, wo man doch selbst von den Entscheidungen betroffen ist?

## **Kannst du dich an deinen ersten Tag als Gemeinderat erinnern?**

Klar. Ich wusste gar nicht so konkret, was da auf mich zukommt... zum Glück hatten mich meine Kollegen einigermaßen gut vorbereitet! Aufgeregt war ich aber trotzdem.

## **Wenn du für eine Sache im Gemeinderat eine sichere Mehrheit hättest: was würdest du tun?**

Ich würde auf jeden Fall eine Initiative für einen günstigeren Nahverkehr starten, also die Preise senken. Die Einführung eines Jahrestickets auf 365-Euro-Basis wäre ein super Einstieg. Dies wäre für die Nutzer sogar günstiger, als das derzeitige Studiticket! Die Stadt Stuttgart schwimmt im Geld, verteilt es aber leider völlig falsch, was die irrwitzigen Millionensummen für Prestigeprojekte zeigen.



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

# Die 1.000 Bäume des Oberbürgermeisters

Wie pflanzen wir medienwirksam 1.000 neue Bäume in der Stadt? Diese Frage trieb offensichtlich den Oberbürgermeister um. Vielleicht stellte man in der Verwaltungsspitze irgendwann fest, dass gar nicht genügend Standorte für die gewünschten Tausend Bäume da waren. Probates Mittel: Im Winter, wenn es keiner merkt, schnell abholzen und im Frühjahr dann neu pflanzen. Dass im Baumbestand „zunehmend sichtbare Pflegedefizite entstehen“ (Bericht der Ver-

waltung) schien den Verwaltungschef dabei nicht zu stören. Mit Bestandsaufnahmen wie „Die Finanzierungslücke bei der Baumpflege ist weiterhin prekär“, oder „eine fachgerechte, zukunftsorientierte Baumpflege findet nicht statt“ (Bericht der Verwaltung), muss man sich nicht herumärgern. Auch, dass aktuell 38.000 Bäume Mängel haben – wem interessiert das? Hauptsache es werden neue Bäume gepflanzt, und zwar mindestens 1.000! Zwar steht in einem Bericht der

Verwaltung: „Junge Bäume können nach der Fertigstellungspflege nicht ausreichend gegossen werden und in ihrer Entwicklung nur unzureichend gefördert werden.“ (Bericht der Verwaltung) Na und? Dann geht halt in die Baumschule! Zwischenzeitlich pflanzen wir einfach wieder 1.000 neue Bäume – in der Hoffnung, dass niemand merkt, wie das System dahinter funktioniert.



Schweres Gerät – in Bünsau wurde ein Vorgarten niedergemäht, Proteste der Anwohner\_innen blieben erfolglos.



Abgeschlossen – egal ob Baum oder Strauch, am Ende blieb nichts mehr stehen in der Kaindlstraße.



Mehr als nur Waldpflege? Das Abholzen im Botnanger Wald hatte zur Folge, dass sich eine Bürgerinitiative gegen den Kahlschlag gegründet hat.



Abgeholzt wurde auch im Zentrum an der Kriegsbergstraße.



Ganze Arbeit – das Ergebnis des Kahlschlags an der Kriegsbergstraße.



Am Ende bleibt nur noch ein Stumpf übrig.



Auch die historische Kulisse war offensichtlich kein Argument – in der Kriegsbergstraße wurde großzügig abgeholzt.



Platz für den Blumentrog? Warum hier Bäume abgeholzt wurden, bleibt rätselhaft.



Altes weg, Neues her? Der Kahlschlag an der Kriegsbergstraße hinterlässt Spuren.

Fotos: Roland Hägele



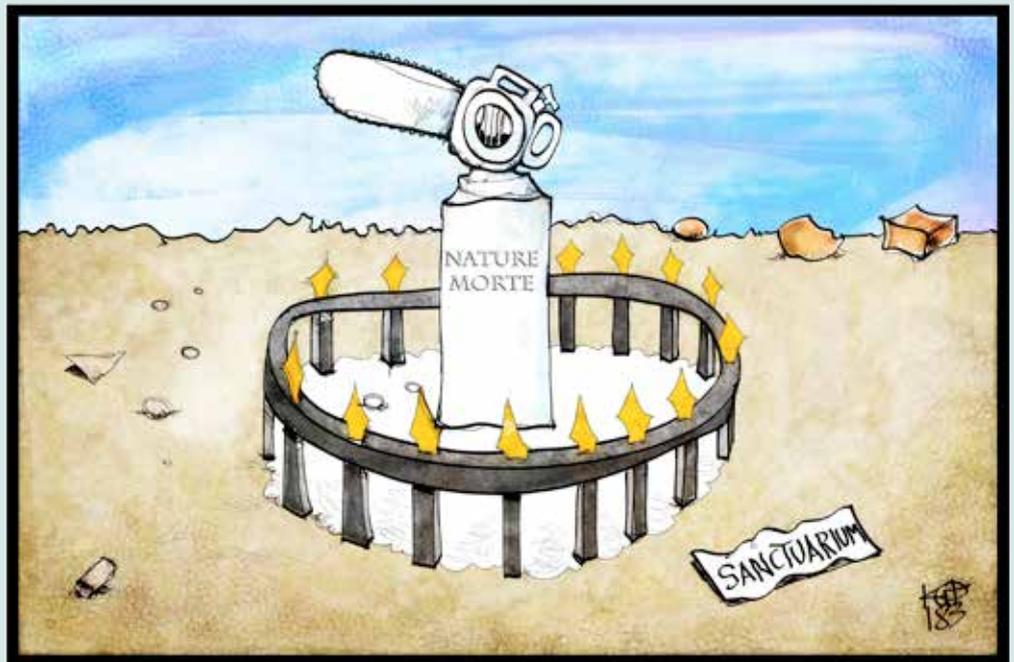
Beschilderung und Beschreibung – wer das liest, kommt nicht auf die Idee hier abholzen zu wollen.



Kahlschlag statt Kunst: auch vor dem Kunstwerk von Herman de Vries machte die Verwaltung nicht Halt. Der Künstler wollte, dass sich die Natur in dieser giftigen Abgas-Atmosphäre ohne unser Zutun manifestieren könne.



Die Stadt wollte eine „Entwicklung zum Wald“ verhindern. Erreicht hat sie, dass Kunstwerk und Pflanzen zerstört wurden.



Karikatur: Kostas Koufogiorgos



Der nächste bitte: Im Rosensteinpark wurde erneut abgeholzt – natürlich wegen des Milliardengrabs Stuttgart 21.



Stahl statt Holz – die Bäume im Rosensteinpark am Neckarufer mussten weichen.



Zumindest fragwürdig: Hat sich die Bahn nicht an die Regeln gehalten beim Abholzen? Welche Rolle spielte die Stadt? Diese Fragen haben wir an die Verwaltung gerichtet.



Kahlschlag: Nach der Aktion Ende Februar stand nichts mehr am Hang des Rosensteinparks.

# Glyphosat – endlich Entgiftung starten



**Christoph Ozasek**

Stadtrat  
DIE LINKE

Der Einsatz des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat ist unverantwortlich, denn das Gift durchzieht den gesamten Naturhaushalt und die Nahrungskette. Die frei verkäufliche Chemikalie vernichtet das Leben und das Ökosystem. Sie zerstört Beikräuter und Blühpflanzen und damit auch die Lebensgrundlage für Insekten, insbesondere für bestäubende wie die Honigbiene. Gibt es keine Insekten mehr, verschwindet auch die Ernährungsgrundlage für Vögel. Heute sind Singvögel selten geworden, viele Arten stehen auf der roten Liste bedrohter Arten.

Wir wollen dieses Umweltgift aus unserer Stadt verbannen, denn es schädigt das ökologische Gleichgewicht Stuttgarts.

Die Zulassung für Glyphosat wurde jüngst unter dubiosen Umständen auf europäischer Ebene um weitere fünf Jahre verlängert. Somit bleibt das Umweltgift frei verkäuflich – die Stadt kann trotzdem ein Zeichen setzen und die Chemikalie selbst nicht mehr einsetzen. Zudem kann die Stadt alle verpflichten, die städtische Grundstücke gepachtet haben, auf Glyphosat zu verzichten.

Bereits im Februar 2016 haben wir beantragt, den Einsatz von Glyphosat in Stuttgart zu verbieten. Im Antrag fordern wir, dass der „Einsatz Glyphosat-haltiger Herbizide durch die Ämter selbst, städtische Eigenbetriebe, externe Dienstleister und Unternehmen im Besitz der Stadt“ unterbunden wird. Das Verbot soll auch für alle städtische Flächen gelten.

Einen Monat später verkündete der Oberbürgermeister: „Die Landeshauptstadt Stuttgart setzt ab sofort das Unkrautvernichtungsmittel mit dem Wirkstoff Glyphosat nicht mehr ein.“ Das war ein Erfolg, das Problem

wurde dadurch aber nicht gelöst. Denn der Vorschlag der Verwaltung sah vor: das städtische Weingut darf das Umweltgift weiter einsetzen und für die Gleise der SSB sollte das Verbot auch nicht gelten. Nicht minder bedeutsam sind folgende Ausnahmen: für städtische Obstbau-Acker und Weinbauflächen, die an Dritte verpachtet sind, soll das Glyphosat-Verbot nicht gelten. In den folgenden Monaten passierte erst mal nichts. Unser Antrag wurde nicht zur Abstimmung gestellt, auch auf mehrfache Nachfrage versuchte die Verwaltung, uns mit wenig überzeugenden Erklärungen abzuspeisen. Zuletzt wurde uns im Dezember 2017 mitgeteilt, dass die Stellungnahme zum Antrag im „Verwaltungsorkus“ verschwunden sei. Nachdem wir mit einem neuen Antrag den ursprünglichen Antrag zur Abstimmung stellten, kam etwas Bewegung in die Angelegenheit. Die Verwaltung teilte ihre Vorlage aber erst zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung des Gemeinderats an

die Stadträt\_innen aus. Selbst wenn die Vorlage der Verwaltung eine politische Mehrheit gefunden hätte, wäre der Einsatz von Glyphosat weiterhin in den genannten Bereichen möglich. Die Abstimmung wurde vertagt, weil der Gemeinderat noch Beratungsbedarf hatte. So bleibt das Thema noch mindestens ein Monat in der Schwebe.

Ein Blick über den Tellerrand verrät, dass woanders mit dem Umweltgift viel weniger zimperlich umgegangen wird: das österreichische Bundesland Tirol hat jüngst ein flächendeckendes Verbot einstimmig verabschiedet.

Die Österreichische Bundesbahn (ÖBB) hat den Einsatz von Glyphosat in den letzten Jahren halbiert und möchte in den nächsten Jahren komplett auf das Gift verzichten. Daran sollte sich die Stadt ein Beispiel nehmen.



Foto: Redaktion

*Problem Weinbau – von den jährlich 900 Millionen Tonnen Glyphosat wird ein großer Teil in der Landwirtschaft eingesetzt. Man wird sich umstellen müssen im Ackerbau, Obstbau und Weinbau, wenn man die Böden nicht dauerhaft verseuchen will.*



Foto: Redaktion

*Beim Weinbau wird besonders gerne und viel Glyphosat verwendet. Ausnahmen darf es hier künftig nicht mehr geben.*



Foto: Redaktion

*Auch ein Schienenkonzern kann auf das Umweltgift verzichten: die Österreichische Bundesbahn hat den Einsatz von Glyphosat bereits halbiert und möchte innerhalb der nächsten Jahre ganz ohne den Giftstoff auskommen. Das muss die SSB in Stuttgart auch schaffen!*

# Keine Waffenmesse in Stuttgart

Es ist gut und richtig, dass sich die Stadt Stuttgart bei den „Bürgermeistern für den Frieden“ für eine atomwaffenfreie Welt engagiert. Es ist gut und richtig, dass die Stadt Stuttgart in Unternehmen, die Militärwaffen oder Militärmunition herstellen, keine Vermögenswerte mehr anlegt. Gut und richtig ist auch, dass sich die Landesmesse Stuttgart aus „Respekt vor den Menschen“ als „nachhaltiger Unternehmer“ für die Menschenrechte einsetzt. Soweit so gut. Diese gut gemeinten Selbstverpflichtungen werden jedoch konterkariert und ad absurdum geführt, wenn die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg als die Eigentümer der Landesmesse Stuttgart Gastgeber einer internationalen Militär- und Waffentechnikmesse sind. Denn vom 15. bis 17. Mai 2018 soll die Militär- und Waffentechnikmesse „International Forum for the Military Training, Education and Simulation Sectors“, kurz ITEC, zum ersten Mal in der Landesmesse Stuttgart stattfinden. Auf der letzten ITEC in Deutschland, 2014 in Köln, präsentierten sich 110 Rüstungsunternehmen, darunter Thales und Rheinmetall, die Hauptsponsoren der ITEC 2018. Unter den Besucherinnen und Besuchern der Messe sind zwar auch Feuerwehrleute, Polizistinnen

und Polizisten. Vor allem aber Militärs aus aller Herren Länder, die gemeinsam durch die Messehallen flanieren.

Dort lassen sie sich Computerprogramme zur Simulation von Krieg, für Raketenabwehrsysteme und für Drohnentechnik präsentieren, mit denen sie sich gegeneinander zukünftig zielgenau auf den Kriegsschauplätzen dieser Welt umbringen können – auf Kosten vieler unschuldiger Menschen.

Die Kirchen im Ländle, der DGB, DEAB, Friedensbewegung und antimilitaristische Organisationen fordern in Aktionen und Stellungnahmen von Stadt und Land, den Beispielen der Städte Amsterdam und Köln zu folgen: Die Messe nicht für die ITEC und andere Rüstungs- und Waffenmessen zur Verfügung zu stellen. Auch die Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke-Plus unterstützt diese Forderung.

Mehr Informationen und (Mitmach-)Aktionen zur ITEC auf [www.ohne-ruestung-leben.de/itec](http://www.ohne-ruestung-leben.de/itec)

*Paul Russmann ist ehrenamtlicher Mitarbeiter der Aktion „Ohne Rüstung Leben“ und Fraktionsvorsitzender von SÖS-LINKE-PLUS im Bezirksbeirat Stuttgart-West.*



Foto: Redaktion

*Protest Weltladen: Auch vor dem Weltladen am Charlottenplatz steht ein mobiles Plakat, was auf die Militärmesse aufmerksam macht.*



Foto: Roland Hägele

*ITEC Aktion vor dem Rathaus: Protest: Gegen die Waffenmesse ITEC im Mai haben wir schon im Vorfeld mobilisiert – und Unterschriften gesammelt.*

# Wie die Satzung über die Unterkunftskosten für Geflüchtete geändert wurde

Ein Beitrag von Christa Cheval-Saur, die im Flüchtlingsfreundeskreis Feuerbach aktiv ist und in der Initiative von Engagierten aus Stuttgarter Freundeskreisen mitarbeitet.

Innerhalb eines halben Jahres ist es gelungen, Verwaltung und Gemeinderat zu einer Kehrtwende bei den diskriminierenden Nutzungsgebühren zu bewegen. Was war der Auslöser, woher kam der Widerstand und was wurde erreicht?

Im August 2017 macht eine neue Satzung für Geflüchtete schnell die Runde. Bei Unterstützer\_innen, Sozialarbeiter\_innen und Bewohner\_innen löst die drastische Höhe der Gebühren Entsetzen und Unverständnis aus. Berechnungsgrundlage ist eine Kalkulation, die eine Kaltmiete von 31,37 Euro pro Quadratmeter vorsieht, außerdem Betriebskosten, sonstige Nebenkosten, Personal- und Bewachungskosten. Letztere wurden herausgenommen, wodurch ein außerordentlich hoher Kostendeckungsgrad von 89,1 Prozent zu Luxuspreisen in den Systemunterkünften führt. Unverständlich für Jede\_n, der die Enge der Räume und die Zumutung der Gemeinschaftseinrichtungen kennt.

„Sozialverträgliche Komponenten“ sind eingebaut. Wer Arbeit hat, bezahlt sechs Monate eine Mietminderung auf 355 € anstelle von 606 €; eine Familie mit zwei Kindern 1.420 € anstelle von 2.426 €. Das ist weder sozial noch verträglich. Es ermöglicht keinen Ausstieg vom Jobcenter, d. h. der größte Teil des Lohns fließt dem Jobcenter zu, ebenso Kindergeld, Elterngeld.

Sehr früh greift der SWR die Stuttgarter Erhöhung auf und sendet Mitte August einen Beitrag mit einem Bewohner einer Feuerbacher Unterkunft. Dieser Beitrag und eine Pressemitteilung der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS machen die Satzung, die zum 1. September 2017 in Kraft tritt, bekannt. Engagierte Begleiter\_innen von Geflüchteten aus mehreren Freundeskreisen und Organisationen verabreden sich zu einem Treffen, offen für alle, die sich in das Thema vertiefen und Alternativen ausarbeiten wollen. Ein erster Höhepunkt ist die Podiumsdiskussion im Haus der katholischen Kirche am 20. September 2017. Der überraschend voll besetzte Saal und die vielen fachkundigen Beiträge von Geflüchteten, Engagierten in Freundeskreisen und von Sozialarbeiter\_innen sind ein Impuls zum verstärkten Widerstand gegen die Satzung. Dazu mischt sich die Empörung über die Darstellung von Sozialbürgermeister Werner Wölfle, dass die Verwaltung keinen Spielraum bei der Satzung gehabt habe und rechtlich so handeln musste.

Ziel einer Initiative von Engagierten ist es, die Gemeinderäte über die Auswirkungen der von ihnen mehrheitlich beschlossenen Satzung zu informieren, um eine Änderung zu erreichen. Argumentationshilfe kommt auch von außen. Die Freiburger Stadtverwaltung legt einen Satzungsentwurf vor, der genau die sozialpolitischen Überlegungen beinhaltet, die in Stuttgart fehlen.

Damit können wir deutlich machen, dass es auch anders geht – mit Respekt gegenüber Geflüchteten und ihrem Verlangen nach Integration.

Der Widerstand gegen die Satzung in den folgenden Monaten bis Jahresende ist beharrlich und breit aufgestellt. Letzteres ist auch seine Stärke, weil engagierte Menschen mit unterschiedlichen politischen, fachlichen und kirchlichen Hintergründen zusammenarbeiten. Besonders wird der Protest vom Asylpfarramt Stuttgart und den Anstiftern mitgetragen. Stuttgarter Medien berichten und der SWR sendet seinen zweiten Beitrag nach Inkrafttreten der Satzung.

## Aktionsformen sind:

- Erstellung eines ersten umfassenden Kritikpapiers mit konkreten Forderungen, welches an alle Stadträt\_innen geschickt wird
- Podiumsdiskussion im Haus der katholischen Kirche
- Email-Aktion mit einem Schreiben an alle Stadträt\_innen, in dem konzentriert auf die Nachteile für die Geflüchteten verwiesen wird
- Versand eines weiteren Infopapiers, das vor allem auf Diskriminierung und Desintegration auf dem Hintergrund der Fluchterfahrungen verweist
- Versand der Freiburger Satzung an die Fraktionen des Gemeinderats

- Asylpfarrer Schlecht wendet sich mit weiteren Argumenten an die Stadträt\_innen
- Presstetermin mit anschließender Presseerklärung
- Protestaktion anlässlich der abschließenden Haushaltsberatung des Gemeinderats
- Schließlich Gespräche mit den Fraktionen der Grünen, von SÖS-LINKE-PluS, der SPD und der CDU



Foto: Redaktion

Seit wir das Thema Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum thematisiert haben, stellen sich auch Andere die Frage. Dieses Schild lag am Neckarufer in Bad Cannstatt.

SÖS-LINKE-PluS bringt zur Haushaltsberatung einen Antrag auf Aussetzung der Satzung ein. Die Initiative der Flüchtlingsfreundeskreise führt Gespräche mit den vier größten Fraktionen des Gemeinderats. Anfang Januar liegt die Auswertung der Verwaltung vor und (überraschend) ein Satzungs-Änderungsantrag zur Entlastung von Familien mit Arbeitseinkommen. Dazu formulieren SPD und SÖS-LINKE-PluS einen weitergehenden Antrag (Reduzierung der Gebühren für Kinder und Jugendliche). Sie erreichen, dass er von CDU, den Grünen und der FDP unterstützt wird. Die neue geänderte Satzung kann zum 1. April 2018 in Kraft treten.

Kritische Punkte an der Gebührensatzung bleiben. Dennoch gebührt es Anerkennung, dass sich sowohl die Verwaltung als auch die Mehrheit der Gemeinderät\_innen auf die Kritik und die vorgebrachten Argumente eingelassen haben.



Foto: Redaktion

Gut gefüllt war der Saal im September 2017, als eine Podiumsdiskussion über die Erhöhung der Gebühren für Geflüchtete in deren Unterkünften diskutiert wurde.

# Widerstand lohnt sich



**Luigi Pantisano**  
Stadtrat  
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Seit der Sozialbürgermeister Werner Wölfle heißt, wohlgermerkt ein Grüner, herrscht beim Thema Soziales in der Stadt Stuttgart eine verkehrte Welt. Im vorletzten Winter wurden beispielsweise Sitzbänke auf der Königstraße abgebaut, mit der Begründung von ebendiesem Sozialbürgermeister, dass Bänke zum sitzen da seien und nicht zum Schlafen. Die angrenzenden Händler\_Innen hatten sich über schlafende Obdachlose beschwert. Alles nach dem Prinzip: aus den Augen, aus dem Sinn.

Werner Wölfle ist nicht nur Sozialbürgermeister, sondern er ist auch zuständig für das Themenfeld „Gesellschaftliche Integration“ und somit auch für die rund 8.000 Geflüchteten, die in Stuttgart ein neues Zuhause gefunden haben. Dieses Zuhause ist für die meisten leider keine Wohnung, sondern nur ein Bett in einem Systembau. Die Miete für diese 7 Quadratmeter bekommen die Geflüchteten in Rechnung. Allerdings finanziert die Bundesregierung die Miete für alle diejenigen Geflüchteten, die noch keine Arbeit haben, für Kinder, Azubis und Senior\_innen. Und da der Bund sehr viel Geld zur Verfügung hat, kam der Sozialbürgermeister und der Finanzbürgermeister Michael Föll, dieser ist Mitglied in der CDU, auf eine aberwitzige Idee:

Wenn die Bundesregierung doch genügend Geld hat und für die meisten Geflüchteten die Miete bezahlt, dann können „wir“ als Stadt die Warm-Miete pro Quadratmeter auf knapp 90 Euro erhöhen, so dass dann pro Geflüchteten und Bett monatlich über 600 Euro fällig sind. Insgesamt bringt das dann Einnahmen von über fünf Millionen Euro in den städtischen Haushalt. Für ein

Paar mit zwei Kindern macht das dann über 2.400 Euro Miete für 28 Quadratmeter. Blöd nur, dass es doch schon sehr viele Geflüchtete in Stuttgart gibt, die arbeiten und für diese Miete selbst aufkommen müssen. Das hätte zur Folge, dass diese Leistungen vom Jobcenter beantragen müssen, damit wiederum der Bund für die Kosten aufkommt. Eine Spirale des ständigen Bittstellens wäre die Folge und keine Chance für Geflüchtete irgendwann selbstständig für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Oder wer von uns kann sich Quadratmeterpreise von knapp 90 Euro leisten?

Das Ganze wurde in vier Sitzungen – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – in den zuständigen Ausschüssen des Gemeinderats beraten und beschlossen. Ja, richtig verstanden: Alle Fraktionen bis auf unsere Fraktionsgemeinschaft haben dieser abartigen Mieterhöhung zugestimmt. Der Gemeinderat hat in diesem Fall aber die Rechnung ohne die vielen engagierten Flüchtlingsfreundeskreise gemacht. Nach Berichten im SWR und in der Kontext: Wochenzeitung haben sich einige Freundeskreise mit unserer Unterstützung zusammengetan und haben einen Plan erstellt wie dieser Beschluss rückgängig gemacht werden kann.

Neben der Betreuung und Beratung einzelner Geflüchteter beim Formulieren von Widersprüchen zu dieser Mieterhöhung, haben die engagierten Flüchtlingsfreund\_innen Gedanken zu den Folgen dieser Erhöhung gemacht, dazu Papiere erstellt, das Gespräch mit der Politik gesucht und mit einigen Aktionen wie einer Spontandemo vor dem Gemeinderat für Ihre Sache gekämpft. Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion unter anderem Werner Wölfle, Marita Hackl

als Stadträtin für die SPD und Luigi Pantisano für SÖS-LINKE-PluS, im Haus der katholischen Kirche bei der über 250 Menschen teilgenommen haben.

Bei diesem Podium kamen auch betroffene Geflüchtete zu Wort. Diese Wortbeiträge führten zu einem Umdenken bei der SPD.

So kam eine Debatte ins Rollen, damit diese Mietkosten mit einer echten Sozialkomponente versehen werden und zu einer deutlichen Verringerung der Kosten für die sogenannten Selbstzahler\_innen zu führen. Während der Haushaltsberatungen wurden dann noch viele Mails an alle Stadträt\_innen geschrieben, die dann auch bei den restlichen Stadträten zum Umdenken geführt hat. Einzig Sozialbürgermeister Werner Wölfle und die Grünen im Gemeinderat haben noch bis fast zuletzt an dem ursprünglichen Beschluss festgehalten. Vergebens, denn der Gemeinderat hat fast einstimmig beschlossen, für Selbstzahler\_innen und Azubis die Miete in städtischen Unterkünften deutlich zu reduzieren. (Siehe Artikel von Christa Cheval-Saur.)

Das Engagement der beteiligten Flüchtlingsfreundeskreise hat gezeigt, dass sich politischer Widerstand lohnt. Wir als Fraktion lernen daraus, dass, wenn die Bürger\_innen der Stadt sich einbringen und auch lautstark zu Wort melden, Mehrheiten im Gemeinderat geschaffen werden können.

An dieser Stelle sei nochmals allen Beteiligten gedankt für Ihr Engagement, die Hartnäckigkeit, welchen den nicht selbstverständlichen politischen Erfolg brachten.



Foto: Redaktion

Auf dem Podium: Stadträt\_innen, Bürgermeister und Sachkundige Bürger\_innen. Am Ende wurde der Beschluss korrigiert – dank des Drucks von Flüchtlingsfreundeskreisen.

Im Gemeinderat:

# Die GRÜNEN = die Erfolgreichen?

Die Stuttgarter GRÜNEN schreiben in ihrem Stadtblatt (Nr. 2/2017, Seite 5):

„Aber auch keine Fraktion war in den letzten Jahren, gemessen an den eigenen Zielen und Anträgen, erfolgloser als SÖS-Linke-Plus.“

Ein Satz wie ein Messer. Ist SÖS-LINKE-Plus gescheitert? Die GRÜNEN haben recht: die meisten unserer Anträge, die wir seit 2004 gestellt haben, sind nicht durchgekommen. Aber warum? Wir haben nachgeschaut!

- 2004 haben wir (Hannes Rockenbach damals als Einzelstadtrat) einen Antrag für ein stadtweites TEMPO 30 gestellt, um die Luftverschmutzung einzudämmen. Bis heute sind wir damit gescheitert, weil die GRÜNEN mit der SPD dagegen waren.
- 2005 haben wir den Verkauf unserer Energie- und Wasserversorgung an eine US-Heuschrecke abgelehnt und die Rekommunalisierung gefordert. Wir sind damit gescheitert, weil die GRÜNEN mit der SPD für den Verkauf waren. Bis heute haben wir keine 100-prozentigen Stadtwerke, sondern eine Kooperation mit dem Atomkonzern EnBW.

Kürzen wir es ab und beschränken uns auf das letzte Jahr:

- 2017 haben wir den Antrag auf ein VVS-365-Euro-Jahresticket für die beiden Stuttgarter Zonen gestellt, damit sind wir gescheitert, weil SPD und Grüne dagegen waren.
- 2017 haben wir erneut den Ausstieg aus Stuttgart 21 beantragt, wieder sind wir damit gescheitert, weil SPD und Grüne dagegen waren.
- 2017 haben wir ein Zukunftspaket für das städtische Personal beantragt, das mehr Personal, weniger Befristung und bessere Bezahlung für Pflege und Erziehung bedeutet hätte. Wir sind gescheitert, weil SPD und Grüne das nicht wollten.
- 2017 haben wir erneut die Direktwahl der Bezirksbeiräte beantragt. Wir sind gescheitert, weil die Grünen dagegen waren.
- 2017 haben wir erneut ein verbindliches Budget für einen echten Bürgerhaushalt beantragt. Wir sind gescheitert, weil SPD und Grüne dagegen gestimmt haben.
- 2017 sind wir mit all unseren Anträgen für mehr Geld für 15 neue Stadtbahnen, mehr Fahrradwege und einen höheren

Fußgängeretat gescheitert. Weil SPD und Grüne dagegen gestimmt haben.

- Fast wöchentlich stellen wir den Antrag, städtische Flächen nicht an Immobilienhaie zu verkaufen, sondern in Erbpacht zu vergeben. Meistens sind wir gescheitert, weil auch SPD und Grüne für den Ausverkauf städtischer Grundstücke gestimmt haben.
- 2017 haben wir erneut die kostenlose Kita beantragt. Wir sind gescheitert, weil auch die Grünen dagegen gestimmt haben.

Nun, von der CDU, FDP und den Freien Wählern erwarten wir nicht, dass sie soziale und ökologische Politik machen. Dass die GRÜNEN auch diese Richtung eingeschlagen haben, ist eine bittere Erfahrung. Die GRÜNEN waren in den letzten Jahren erfolgreich im Verhindern von Anträgen, die die Stadtpolitik grundsätzlich in Richtung ökologisch und sozial verändert hätten. Dass in ihrem Stadtblatt diese Verhinderungspolitik als Erfolg dargestellt wird, ist schon erstaunlich. Soll man zu dieser „erfolgreichen Politik“ gratulieren?



Foto: Roland Hägele

Seit Jahren tragen die Grünen die Fahrpreiserhöhungen im VVS mit. Auch unseren Vorschlag, ein 365-Jahresticket einzuführen wollten die Grünen nicht mittragen. Das hielt die Grünen nicht davon ab, wenige Monate später selbst ein 365-Euro-Ticket zu fordern. Alter Wein in neuen Schläuchen.



Foto: Roland Hägele

*Kostenlose KITA? Nicht mit den Grünen! Weil wir Bildung durchgehend kostenlos machen wollen und damit keine Mehrheit finden, sind wir deswegen erfolglos?*



Foto: Redaktion

*Beim Frühlingsfest auf der B14 wurden auch Fragen an die Grünen gerichtet. In der Bevölkerung scheint es einige zu geben, die mit dem Wandel der Stuttgarter Grünen nicht einverstanden sind.*



Foto: Roland Hägele

*Entwicklungspotenzial: Im Neckarpark könnten viele städtische Wohnungen entstehen. Dauerhaft leistbare Mieten könnten die Folge sein. Die Grünen haben bislang jedem Vorschlag auf Verkauf von Teilstücken zugestimmt. Wenn das Erfolg ist ...*

Kurzfassung der Rede von Hannes Rockenbauch  
in der Generaldebatte des Gemeinderats am 19. April 2018

## Stadt für Menschen

Unsere Vision ist eine lebenswerte Stadt mit Raum für Menschen anstelle von Autos, eine Stadt, in der ein frischer Wind weht.

Kinder und Erwachsene, Fußgänger oder Radfahrer können sich ungefährdet auf der Straße bewegen. Keiner mehr vermisst sein privates Auto. Man kann wieder nachts ohne störenden Verkehrslärm schlafen und frische Luft atmen. Die alltäglichen Wege zum Einkaufen, zu Freizeitaktivitäten oder zur Arbeit sind zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem ÖPNV oder mit Carsharing zu bewältigen.

Dagegen ist die Realität sehr ernüchternd: Statt Wohnungen beherrschen Parkhäuser, Shopping-Malls und Straßenschluchten die Stadt. Städtische Raumbeziehungen sind zerstört. Die Stickoxid-Grenzwerte, die seit 2010 gelten, werden um das Doppelte überschritten und auch der Verkehrslärm macht krank. Reifenabrieb von Autos gelangt ton-

nenweise in Form von Mikroplastikteilen in die Kanalisation und von dort in den Fluss, das Meer, in Fische und schließlich in den Organismus des Menschen.

Die soziale Ungerechtigkeit zeigt sich darin, dass Reiche mit ihrem wesentlich höheren Anteil an Pkw-Besitz, die Umwelt deutlich mehr verschmutzen als das untere Einkommensviertel.

Arme leiden umso mehr darunter, denn ihre Wohnungen liegen mit niedrigeren Mieten an stark befahrenen Straßen.

Der Pkw-Verkehr verursacht achtzig Prozent der gesellschaftlichen Folgekosten für Luftreinhaltung, Lärmschutzmaßnahmen, Krankheitskosten und Unfallkosten.

Beim Thema Mobilität geht es um die Fortbewegung von Menschen und den Transport von Gütern, der in diesem Zusammenhang nicht thematisiert wird. Schon immer musste

sich der Mensch im Raum bewegen, um für seine Nahrung, sein physisches und psychisches Wohlbefinden zu sorgen. Die Wegebeziehungen sind gleichgeblieben, man geht zum Einkaufen, zur Arbeit oder zu Freizeitaktivitäten, es hat sich vor allem die Art der Fortbewegung und damit die Geschwindigkeit verändert.

Aufgabe der Politik ist, Mobilität nach ökologischen und sozialen Kriterien zu gestalten.

Sie kann die Art und Weise der Fortbewegung verändern, also Radfahren, Nutzung des ÖPNV erleichtern/vergünstigen, Autoverkehr verlangsamen und verteuern oder auf neue Antriebstechnologien setzen. E-Autos und autonomes Fahren sind für uns aber keine Lösung, denn deren ökologische Rucksack ist katastrophal und auch sie verstopfen



Foto: Roland Hägele

Die Stadtautobahn B14 hat sieben Fahrspuren nebeneinander. Mit dieser Menge Platz ließen sich noch ganz andere Dinge machen...

den öffentlichen Raum und benötigen zu viel Fläche für Straßen. Alle Städte arbeiten daran, Autos aus ihren Zentren zu verbannen. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes haben inzwischen Gerichte Urteile gefällt, die Fahrverbote zulassen. Dies war nie unser Hauptziel, es ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Politikversagens. Daneben müssen über die Raumplanung Wege reduziert, Energie, Ressourcen und Flächen gespart werden. Also keine großen Shopping-Malls wie das Milaneo mit vielen Parkplätzen, sondern lebendige Quartiere mit Einkaufsmöglichkeiten um die Ecke. Schulen, Grünbereiche/Parks für Erholung, Freizeiträume, Spielplätze. Zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens müsste der Pkw-Verkehr um 85 Prozent reduziert werden, so die Studie Mobiles Baden-Württemberg.

Hierzu braucht es erheblich mehr Investitionen in Rad- und Fußwegenetze und eine völlig veränderte Planungskultur. Dazu benötigt die Verwaltung klare Zielvorgaben und Leitkriterien vom Oberbürgermeister. Das Schienennetz für Stadtbahnen, S-Bahnen und Metropolexpresszüge muss rasch und umfassend ausgebaut werden. Eine nur 20 prozentige Verkehrsreduktion in Stuttgart bedeutet, dass wir doppelt so viel Metropolexpresszüge und 50 Prozent mehr S-Bahnen benötigen!

Daher muss Stuttgart 21 gestoppt werden. Denn mit dem Projekt Stuttgart 21 wird die Schiene zurückgebaut.

Das Konzept Umstiegs 21 sieht dagegen die dringend erforderlichen Projekte wie den S-Bahn-Ringschluss auf den Fildern vor,

den Ausbau der Zuläufe aus Zuffenhausen und Feuerbach, den Betrieb der Panorama- und Schusterbahn von Kornwestheim nach Untertürkheim. Dies alles kostet viel und kann sowohl durch Mittel aus dem gestoppten S-21-Projekt, wie auch durch eine Luftreinhaltegebühr wie auch eine Nahverkehrsabgabe finanziert werden. Während die Luftreinhaltegebühr von Autofahrer\_innen bezahlt werden soll, wird die solidarische Nahverkehrsabgabe von Unternehmen, Bürger\_innen und Tourist\_innen erhoben.

Das 365-Euro-Ticket sehen wir als Einstieg für einen kostengünstigeren Nahverkehr, unsere Vision ist aber der ticketlose und solidarisch finanzierte Nahverkehr.



Visualisierung: Mario Schneider

Breite Radwege, eine Fahrspur in jede Richtung, Stadtbahngleise und Wohnbebauung sind möglich, ohne dass der angrenzende Park bebaut werden muss.

# Stuttgart soll endlich Fahrradstadt werden

Wir freuen uns, dass der Radentscheid kommt! Bei der Sammlung von mindestens 20.000 Unterschriften beteiligen wir uns gerne, weil wir sowohl von den Zielen, als auch dem Weg des Bürgerbegehrens überzeugt sind. Die Initiator\_innen haben folgende Ziele erarbeitet:

## Radentscheid

Für die folgenden 10 Ziele treten wir ein und wollen dass diese die Stadt Stuttgart umsetzt:

### 1. Sicheres Radfahren auf allen Straßen für alle

Alle können sicher, zügig und komfortabel radeln, auch Kinder und Senioren. An allen Straßen mit Geschwindigkeiten über 30km/h bietet die Stadt vom Fuß- und Kfz-Verkehr baulich getrennte Radverkehrsanlagen an. Als Mindestmaße sind die in den Regelwerken genannten Regelbreiten zuzüglich der jeweiligen Sicherheitstrennstreifen zu verwenden. Bei Straßen ohne Trennung von Rad- und Kfz-Verkehr wird der Kfz-Durchgangsverkehr minimiert, vorzugsweise durch die Einrichtung von Fahrradstraßen. Dies setzt die Stadt jährlich an mindestens 30 km Straße um.

### 2. Hauptradrouten für den Alltags- und Pendelverkehr umsetzen

Von den Hauptradrouten des städtischen Radverkehrskonzepts werden pro Jahr mindestens 33 km umgesetzt. Die Entwurfsgeschwindigkeit beträgt mindestens 30 km/h. An Knotenpunkten mit Hauptverkehrsstraßen sind die Routen gleichberechtigt zu diesen, sonst werden sie konsequent bevorzugt geführt. Radschnellwege werden geplant und zügig umgesetzt.

### 3. Mängel und Gefahrenstellen im Fuß- und Radwegenetz beseitigen

Mängel- und Gefahrenstellen werden umgehend, spätestens innerhalb eines halben Jahres, behoben. Bei Unfällen mit Beteiligung von zu Fuß Gehenden oder Radfahrenden wird untersucht, inwiefern die Infrastruktur zu dem Unfall beigetragen hat.

### 4. Mindestens 31 Kreuzungen und Einmündungen pro Jahr sicher gestalten

An allen Knotenpunkten, Einmündungen und Grundstückseinfahrten sind freie Sichtachsen sicherzustellen. An Lichtsignalanlagen wird ein zeitlicher und räumlicher Vorlauf für Radfahrende eingerichtet. Radfahrende und zu Fuß Gehende können nach möglichst kurzer Wartezeit (unter einer Minute) in einem Zug über eine Kreuzung fahren bzw. gehen. An den Hauptradrouten werden grüne Wellen für Radfahrende eingerichtet.

### 5. Radverkehrsinfrastruktur pflegen

Die Radverkehrsanlagen werden konsequent von Verschmutzungen, Schnee und Hindernissen befreit und an den Hauptradrouten priorisiert gegenüber den Hauptachsen des Kfz-Verkehrs geräumt.

### 6. Radabstellmöglichkeiten verbessern

5.000 neue Radabstellplätze pro Jahr werden sowohl in Wohnungsnähe, an Schnittstellen des Umweltverbunds, ÖPNV-Haltestellen als auch an den Zielorten des Radverkehrs installiert. Auf Wunsch der Anwohner werden diese überdacht und gegen Vandalismus und Diebstahl geschützt.

### 7. Personal in den städtischen Ämtern für Radverkehr stärken und sensibilisieren

Die Stadt stellt den Bürgern in jedem Stadtbezirk mindestens eine Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für Themen des Radverkehrs bereit. Bei allen Ämtern, die mit Verkehr zu tun haben, wird für eine ausreichende Personalausstattung mit entsprechender Radverkehrskompetenz gesorgt, um die hier geforderten Ziele zu erreichen.

### 8. Radangebot und Radattraktivität fördern

Die Stadt startet ein Anreizprogramm, um für mehr Fahrradfahren im Alltag zu werben. Die Stadt sorgt dafür, dass in jedem Stadtbezirk mindestens zwei entlehbare E-Lastenräder bereitgestellt werden.

### 9. Stuttgart für den Fuß- und Radverkehr sensibilisieren

Die Bevölkerung wird von der Stadt über die Rechte und Pflichten aller Verkehrsteilnehmer im gegenseitigen Umgang informiert unter besonderer Beachtung der Rücksichtnahme auf schwächere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

### 10. Monitoring und Fortschreibung der Radverkehrsplanung

Ein jährlicher Bericht über den Umsetzungsstand der Maßnahmen wird erarbeitet und öffentlich vorgestellt. Das Radverkehrskonzept der Stadt wird weiterentwickelt, sodass es eine langfristige nachhaltige Planung auch über 2022 hinaus gibt.



Foto: Redaktion



Foto: Redaktion



Foto: Redaktion

Mehr davon: Fahrradstraßen braucht die Stadt, weniger PKW-Verkehr und vor allem eine Rücksichtnahme auf Rad- und Fußverkehr bei der Planung

# Für das Recht auf Wohnen



Foto: Redaktion

*Leerstand beleben: Im Anschluss an eine Demonstration gegen Mietwahnsinn besetzten zwei junge Familien Wohnungen in der Wilhelm-Raabe-Str. 4 in Heselach. Die große Solidarität der Nachbarn, Anwohner\_innen und in der Stadtgesellschaft zeigt, wie drängend das Wohnungsproblem in Stuttgart ist.*

Die Wohnraumfrage ist eine Existenzfrage. Trotz Leerstands sind weiterhin tausende Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen, viele müssen einen Großteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Wohnungsnot, Mietpreisexplosionen und die Verdrängung von einkommenschwächeren Bewohner\_innen aus ihren Stadtteilen – der Handlungsbedarf ist unübersehbar und sollte auf der stadtpolitischen Agenda einer der drängendsten Punkte sein. Und was machen die Spitze der Verwaltung und die Gemeinderatsmehrheit? Sie reden von einer sozialen Stadt, dass mehr Wohnungen gebaut und unbegründeter Leerstand von Wohn- und Gewerberäumen unterbunden werden müsse. Doch die Taten sprechen eine andere Sprache.

Die Abrisspolitik von Wohnungen mit erhaltenswerter Bausubstanz geht unvermindert weiter.

Das zeigt der geplante Abriss von Wohnungen der Baugenossenschaft Flüwo in Degerloch, vieler Häuser der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WSWG im Hallschlag oder der Kommunistensiedlung in Zuffenhäusern. In Stuttgart stehen rund 11.000 Wohnungen leer – viele davon ohne ersichtlichen Grund. Dagegen wollte die Stadt mit der Einführung des Zweckentfremdungsverbots im Jahr 2016 Abhilfe schaffen. Doch auch hier zeigt sich das inkonsequente Vorgehen der Stadt: Seit Einführung des Verbots

wurde kein einziger Cent Bußgeld verhängt und Anfang des Jahres waren nur 42 Wohnungen nach einer Intervention der Behörden wieder vermietet. Dass es auch anders geht, zeigt die bayrische Landeshauptstadt. In München wurden innerhalb eines Jahres 244 Wohneinheiten aus der Zweckentfremdung zurück auf den Mietmarkt gebracht und fast 400.000 Euro Bußgelder verhängt. Beim Thema Sozialwohnungen ist ebenfalls keine Trendwende in Sicht. Rund 50 Prozent der Stuttgarter Mieter\_innenhaushalte haben Anspruch auf Sozialwohnungen, es gibt aber weniger als 15.000 solcher Unterkünfte und der Bestand sinkt von Jahr zu Jahr.

Ein radikaler Kurswechsel ist erforderlich. Die Stadt muss endlich Verantwortung übernehmen und handeln.

An Lösungsansätzen mangelt es nicht. Was fehlt ist der politische Wille – es braucht

endlich eine Politik im Sinne der Mehrheit der Stadtbewohner\_innen und nicht für Investoren, Reiche und Immobilienfirmen.

Ein wirkungsvolles Instrument gegen Leerstand wäre zum Beispiel eine Zwangseignung auf Zeit.

Das ist bei weitem keine neue Erfindung. In Hamburg ist diese Maßnahme bereits seit 2016 politische Praxis. Das Bezirksamt Mitte entzog dort einem Immobilienbesitzer die Verfügungsgewalt über sein Eigentum, weil er sechs leerstehende Wohnungen seit Jahren nicht vermietet hatte. Das Amt saniert sie in Eigenregie und bietet sie zur Vermietung an. Weitere Lösungsansätze wären eine Verdoppelung des Wohnungsbestands in kommunaler Hand und ein Verkaufsstopp von städtischen Grundstücken und Gebäuden. Doch dafür mangelt es bisher an politischen Mehrheiten.

## Aktiv werden im Aktionsbündnis

Gegen diesen untragbaren Zustand und den Ausverkauf der Stadt gilt es selbst aktiv zu werden. Mit dem Ziel, sich zu vernetzen, Druck aufzubauen und Widerstand zu organisieren, hat sich im Frühjahr 2017 das Aktionsbündnis „Recht auf Wohnen“ gegründet. Es ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen und Initiativen, die unabhängig von staatlichen Institutionen sind. Mit Protestaktionen sollen die Profiteure und Verantwortlichen der Immobilienspekulation sichtbar gemacht und Mieter\_inneninitiativen unterstützt werden.

## Regelmäßige Treffen des Aktionsbündnisses „Recht auf Wohnen“:

Jeden zweiten Montag im Monat

**Beginn:** 19.00 Uhr

**Ort:** Gewerkschaftshaus (Willi-Bleicher-Straße 20)

[www.recht-auf-wohnen.de](http://www.recht-auf-wohnen.de)

[www.facebook.com/RechtAufWohnen](https://www.facebook.com/RechtAufWohnen)



# (Haushalts-) Anträge der letzten 10 Monate

## Fraktionschronik

### Stuttgart 21

**20.02.2018 Nr. 49/2018**

Grundstücksverkäufe von der Bahn an die Stadt – wie hoch sind die Strafzinsen?

**19.02.2018 Nr. 48/2018**

Baumfällungen im Rosensteinpark – erneuter Rechtsbruch? Was tut die Stadt?

**15.02.2018 Nr. 43/2018**

Umstieg 21 – eine Alternative zum Milliardengrab S21

**12.10.2017 Nr. 692/2017**

Ausstieg der Stadt aus dem Immobilienprojekt Stuttgart 21 – Planung Umstieg 21

### Bildung, Jugend und Schule

**15.02.2018 Nr. 42/2018**

Bildungshaus Neckarpark – die beste Lösung muss her!

**13.11.2017 Nr. 920/2017**

KITA kostenfrei machen!

### Mobilität und Verkehr

**29.01.2018 Nr. 22/2018**

Eberhardstraße autofrei widmen – Zielbeschluss lebenswerte Stadt für alle umsetzen!

**11.10.2017 Nr. 619/2017**

Eine lebenswerte Stadt für alle – Umsetzungs-konzept – Haushaltsantrag für Stuttgart laudt nai

**11.10.2017 Nr. 579/2017**

Fußgängerfreundliches Stuttgart

**12.10.2017 Nr. 576/2017**

VVS-365-Euro-Ticket einführen, ÖPNV stärken und SSB-Nachttakt einführen

**06.07.2017 Nr. 205/2017**

Eine lebenswerte Stadt für alle!

**29.06.2017 Nr. 183/2017**

Radverkehrsanteil bis zum Jahr 2020 verdoppeln

**27.06.2017 Nr. 180/2017**

Reaktivierung der Schusterbahn

**77/2017 Nr. 14.03.2017**

Verhinderung der VVS-Fahrpreiserhöhung 2018

### Soziales

**19.01.2018 Nr. 7/2018**

Familienfreundliche Änderung der Satzung über die Benutzung von Unterkünften des Sozialamtes für Flüchtlinge (GRDrs 1/2018)

**11.10.2017 Nr. 598/2017**

Kinderfreundliches Stuttgart – Spielflächen sanieren und ausbauen!

**11.10.2017 Nr. 586/2017**

Bildung muss durchgehend kostenlos sein

**11.10.2017 Nr. 581/2017**

Freie Fahrt für Schülergruppen!

**11.10.2017 Nr. 642/2017**

Aufhebung der Gebührensatzung für Unterkünfte des Sozialamtes für Flüchtlinge. (GRDrs 381/2017)

**11.10.2017 Nr. 640/2017**

Älteren Menschen Teilhabe ermöglichen

**11.10.2017 Nr. 633/2017**

Suchtprävention stärken und ausbauen

### Gesundheit und Kliniken:

**15.03.2018 Nr. 84/2018**

Finanzierung des Neubaus des Klinikums ist Sache des Landes und der Stadt

**11.10.2017 Nr. 683/2017**

Reinigungskräfte am Klinikum: Hochgruppieren, Arbeitszeit auf Wunsch erhöhen

**12.10.2017 Nr. 680/2017**

Stuttgart-Zulage für Pflegepersonal

### Kunst und Kultur:

**09.03.2018 Nr. 82/2018**

Opernsanierung – der Gemeinderat muss Bescheid wissen! Bisher gab es keine Transparenz bei den Kosten für die Sanierung und Erweiterung der Oper.

**28.11.2017 Nr. 943/2017**

Oper – Grundsatzfragen endlich klären!

### Umwelt, Klima, Energie

**30.11.2017 Nr. 946/2017**

Antrag „Kein Einsatz Glyphosat-haltiger Herbizide“ endlich abstimmen

**27.10.2017 Nr. 902/2017**

Gefahr für Mineralwasserquellen durch den Recyclingpark Neckartal?

**24.10.2017 Nr. 896/2017**

Masterplan „100% Klimaschutz“ nachjustieren

**11.10.2017 Nr. 676/2017**

Ökologischer Fußabdruck für Stuttgart

**11.10.2017 Nr. 621/2017**

Stadt an Bach und Fluss

### Transparenz

**11.10.2017 Nr. 646/2017**

Videoaufzeichnung von allen öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und der öffentlichen Sitzungen beschließender Ausschüsse

**06.10.2017 Nr. 285/2017**

Haushalt öffentlich verhandeln – Geschäftsordnung anpassen

### Vielfalt

**11.10.2017 Nr. 644/2017**

Antidiskriminierungs- und Antirassismuarbeit fördern

### Wohnen

**11.10.2017 Nr. 573/2017**

Soziale Stadtentwicklung – Gentrifizierung erfassen und verhindern

**12.10.2017 Nr. 572/2017**

Taskforce Spekulationsbremse einrichten

**12.10.2017 Nr. 571/2017**

Endlich Kurswechsel einleiten: Sozialwohnungsbauprogramm deutlich ausweiten

**12.10.2017 Nr. 570/2017**

Soziale Wohnungsversorgung sichern, Spekulation stoppen: Einstieg in sozialen Gemeindewohnungsbau jetzt, um dauerhaft leistbare Mietwohnungen zu schaffen

**12.10.2017 Nr. 293/2017**

Bezahlbares Wohnen in Stuttgart mit mehr kommunalen Wohnungen!

**09.05.2017 Nr. 140/2017**

SWSG verzichtet auf Mietpreiserhöhung für Sozialwohnungen

### Sonstiges

**11.01.2018 Nr. 3/2018**

Altglascontainer endlich leeren – Betreiber in die Pflicht nehmen!

**11.10.2017 Nr. 684/2017**

NS-Vergangenheit des Klinikums Stuttgart aufarbeiten

**11.10.2017 Nr. 686/2017**

Gesundheit & Teilhabe fördern: Bäderpreise senken!

**12.10.2017 Nr. 618/2017**

Feuerwehr Stuttgart: Fahrzeugbeschaffungen, Stellen, Standortuntersuchung

**14.07.2017 Nr. 210/2017**

Keine Rüstungsmesse in Stuttgart – ITEC verhindern

Alle Anträge sind auf unserer Homepage unter [www.soeslinkeplus.de](http://www.soeslinkeplus.de) zu finden.

# Diesel-Fahrverbote sind jetzt möglich

Von Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe

Es war ein großer Tag für „Saubere Luft“ in Deutschland. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 27. Februar der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in allen Punkten recht gegeben und Diesel-Fahrverbote für rechtlich zulässig erklärt, um die geltenden Luftqualitätsgrenzwerte so rasch wie möglich einhalten zu können. Damit stellten die Richter den Schutz der Gesundheit klar vor die Interessen der betrügerischen Dieselkonzerne.

Das Leipziger Bundesgericht bestätigte damit zwei Urteile der Verwaltungsgerichte Stuttgart und Düsseldorf. Diese hatten der DUH recht gegeben und Diesel-Fahrverbote für notwendig zur Einhaltung der Luftqualitätswerte und rechtlich zulässig erklärt. Die Länder der Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg legten gegen diese Entscheidungen Revision ein. Diese wurde nun in Leipzig zurückgewiesen, die vorangegangenen Urteile sind somit in ihren wesentlichen Punkten rechtskräftig. Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge unterhalb der Euro 5-Norm dürfen ab sofort verfügt werden, für Euro 5-Diesel gibt es eine Übergangsfrist bis zum 1. September 2019.

Bei ihrer Entscheidung haben die Leipziger Richter die unmittelbare Gültigkeit der europäischen Luftreinhaltegesetzgebung bestätigt. Die seit 2010 geltenden Grenzwerte für das Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) in unserer Atemluft werden an jeder zweiten verkehrsnahen Messstelle immer noch nicht eingehalten. Die Leipziger Bundesrichter erklärten, dass die den Diesel-Fahrverboten entgegenstehenden nationalen Gesetze schlichtweg „nicht anzuwenden“ seien, weil sie in der Konsequenz zum Verstoß gegen Europarecht führten.

Die Entscheidung aus Leipzig setzt auch die Bundesregierung unter Druck. Die Halter von Dieselfahrzeugen haben einen Anspruch auf

eine für sie kostenfreie technische Nachrüstung durch die betrügerischen Hersteller. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, mit der „Blauen Plakette“ für wirklich saubere Fahrzeuge eine bundesweit einheitliche Kennzeichnung der Fahrzeuge zu erreichen, die zukünftig noch in unsere Städte einfahren dürfen. Dies ist aber nicht absehbar, im Gegenteil: Die neue schwarz-rote Bundesregierung setzt den Dieselförderkurs ihrer Vorgänger unverändert fort. In der Konsequenz hat die DUH elf weitere Klageverfahren gegen nunmehr 28 Städte bzw. die dort verantwortlichen Landesregierungen eingeleitet. Es ist zu befürchten, dass wir nun unterschiedliche Regelungen für die unter Dieselabgasen leidenden Städte bekommen.

## Gegen-Stimmen zum Leipziger Urteil: Redaktion

**„Mit Fahrverboten macht man kaputt, was vielerorts über die letzten Jahre aufgebaut wurde.“** (Präsident des Deutschen Handelsverbands, Josef Sanktjohanser). Fahrverbote sind kein Selbstzweck, sondern Ergebnis einer Politik der Untätigkeit. Dass sie kommen würden, war abzusehen. Autofreie Innenstädte blühen in der Regel auf – insofern wird da nichts kaputt gemacht, sondern aufgebaut.

**„Sie muss unverzüglich auf eigene Kosten betroffene Dieselfahrzeuge mit einer Hardwarelösung nachrüsten“** Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) mit Blick auf die Autoindustrie. Beliebte Taktik von Entscheidungsträgern: mit dem Finger auf andere zeigen. Was hat München in den letzten zehn Jahren für saubere Luft getan?

**„Niemand will den Gesundheitsschutz verringern, aber es gilt, auch das Eigentum von Millionen Dieselfahrern zu beachten.“** Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Hier wird also die Frage aufgeworfen, ob Gesundheit oder Eigentum höher steht. Auch dazu hatte der Bundesgerichtshof eine eindeutige Meinung: Die Gesundheit steht

höher als das Recht, jederzeit und überall Auto fahren zu dürfen.

**„Soll Deutschland am Ende ohne Individualverkehr dastehen? Und soll die deutsche Vorzeigewirtschaft mit ihren Millionen Arbeitsplätzen ruiniert werden?“** Apokalyptische Fragen sind das – eine Auseinandersetzung über eine notwendige Verkehrswende hätten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) besser zu Gesicht gestanden.

Die CDU im Gemeinderat hält Diesel-Fahrverbote für **„nicht verhältnismäßig und nicht umsetzbar“**. Ist im Umkehrschluss die Gesundheitsbelastung für StuttgarterInnen verhältnismäßig? Und ist ein Schutz der Gesundheit umsetzbar? Die Antworten würden uns interessieren.

**„Fahrverbote sind des Teufels“** – Klaus Lang, Vorsitzender der Immobilienlobby Haus & Grund. Ganz egal ob man an Engel, Teufel oder die Zahnfee glaubt – das Thema Fahrverbote ist ein ganz irdisches, das auch ganz ohne Religion auskommt.

**„Fahrverbote sind angesichts immer werdender Schadstoffwerte unverhältnismäßig“** Stefan Kaufmann, CDU. Unter uns: Beim Atemgift Stickoxid muss Stuttgart noch fast die Hälfte reduzieren – so zu tun, als ob man das Ziel schon fast erreicht hätte ist wohl Teil der CDU-Strategie.



Foto: Roland Hägele

Kämpferischer Auftritt am Neckartor: Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe berichtet über die zahlreichen Klagen gegen verschiedene Landesregierungen seiner Organisation.

## Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PLuS, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, V.i.S.d.P. Tom Adler, Hannes Rockenbauch

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE, der Piratenpartei und der Studentischen Liste – junges Stuttgart. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Guntrun Müller-Enßlin, Hannes Rockenbauch und Luigi Pantisano.

DIE LINKE stellt die Stadträte Laura Halding-Hoppenheit, Christoph Ozasek und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktionsgemeinschaft gebildet und haben sich 2014 mit der Piratenpartei, vertreten durch Stefan Ubat und mit der Studentischen Liste – junges Stuttgart, vertreten durch Christian Walter, erweitert.

**Redaktion:** Fritz Schirrmeister, Renate Winter-Hoss  
**Fotos:** Hägele, Kernwein, Redaktion

**Karikaturen:** Kostas Koufogiorgos (S.5, S.7)  
**Gestaltung:** preiselbeerdesign.de  
**Druck:** UWS Papier & Druck GmbH

Die digitale Ausgabe können Sie entweder per E-Mail unter soeslinkeplus@stuttgart.de bestellen oder unter www.soeslinkeplus.de herunterladen.